



Detailansicht des Registereintrags

BDKV Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft e. V.

Aktuell seit 23.04.2026 16:27:24

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000656
Ersteintrag:	18.02.2022
Letzte Änderung:	23.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	13.08.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Georgsplatz 10 20099 Hamburg Deutschland Telefonnummer: +4940605338850 E-Mail-Adressen: info@bdkv.de Webseiten: www.bdkv.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Hardenbergstraße 9A 10623 Berlin Telefonnummer: +4940605338850 E-Mail-Adresse: info@bdkv.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

120.001 bis 130.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Johannes Everke**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Sonia Simmenauer**
Funktion: Präsidentin
3. **Christian Doll**
Funktion: stellv. Präsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Johannes Everke**

Gesamtzahl der Mitglieder:

461 Mitglieder am 24.06.2025, davon:

79 natürliche Personen

382 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):

1. Deutscher Musikrat e.V.
2. DGVM - Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e. V.
3. Themis-Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt e. V.
4. Deutsches Institut für Normung e.V. (DIN)
5. Forum Musikwirtschaft
6. Forum Veranstaltungswirtschaft
7. Koalition Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland (K3D)
8. Deutscher Kulturrat e.V.
9. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
10. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
11. PEARLE Live Performance Europe

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Kultur; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Rechtspolitik; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung;

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Konzert- und Veranstaltungswirtschaft, Steuerrecht, Künstlersozialversicherungsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit unserer Mitglieder von Bedeutung sind. Dazu zählen eine Vielzahl an Themengebieten aus den Bereichen der Arbeits- und Sozialpolitik, der Finanz- und Steuerpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Auch Themen im Bereich Recht und Verbraucherschutz werden verfolgt. Zudem wird eine allgemeine Förderung und Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Teilsegments Musikwirtschaft innerhalb der nationalen Kultur- und Kreativwirtschaft mit besonderem Fokus auf die Konzert- und Veranstaltungswirtschaft angestrebt. Dazu zählt auch der Ausbau nachhaltiger Strukturen zur Sicherung einer zukunftsfähigen und verträglichen Konzert- und Veranstaltungsbranche. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende, Diskussionsveranstaltungen und Netzwerktreffen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Anhebung der Freibetragsgrenze nach § 50a EStG**

Beschreibung:

Anhebung der Freibetragsgrenze auf 500 EUR.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510280008** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Einflussnahme auf den Gesetzesentwurf zum Sicherheitsgewerbe

Beschreibung:

Änderung der Formulierung zur "Bewachungstätigkeit" (§ 2 Abs. 1 u. 2): Tätigkeiten, die nicht direkt

zum Schutz von Eigentum, Besitz, Leben, körperlicher Unversehrtheit oder persönlicher Freiheit

beitragen und nur indirekt zu diesem Zweck dienen, gelten nicht als Bewachungstätigkeiten. Dies

trifft insbesondere auf Personen zu, die nicht befugt sind, das Hausrecht im Namen des Hausrechtsinhabers aktiv gegenüber Dritten durchzusetzen.

Änderung zu § 2 Abs. 3 Nr. 2: Bewachungstätigkeiten der Kategorie 2 umfassen aktive Maßnahmen, um Eigentum, Besitz, Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche

Freiheit bei Veranstaltungen zu schützen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Sicherheitsgewerbes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 31.07.2023

Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Anpassungen zum Entwurf einer Änderung der TA Lärm

Beschreibung:

- Anpassung der Experimentierklausel und Herabsenkung der Hürden für Gemeinden.

- Einführung eines Bestandschutzes für existierende Clubs.

- Neubeurteilung von Lärm: Berücksichtigung alternativer Messepunkte und Verfahren gemäß Kulturschallverordnung des Verbands der Musikspielstätten in Deutschland e.V. (LiveKomm).

- Konkretisierung des Ausgleichs zwischen Anwohner:innenschaft und Kulturorten

Referentenentwurf:

Referentenentwurf einer zweiten Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.05.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kultur [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260274 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes

Beschreibung:

Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes, um der Dynamik der heutigen Arbeitswelt und den Flexibilitätsansprüchen der Arbeitnehmenden zu entsprechen.

- Erhöhung der täglichen Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden, unter Beibehaltung der gesetzlichen Ruhezeit von 11 Stunden
- Anhebung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf 60 Stunden, flankiert durch:
 - eine Begrenzung auf 100 Stunden in zwei aufeinanderfolgenden Wochen
 - eine Pflicht zum Freizeitausgleich binnen drei Monaten oder finanzielle Vergütung im selben Monat

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Konzert- und Veranstaltungswirtschaft, Steuerrecht, Künstlersozialversicherungsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2505260011 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2507280021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

3. SG2510280012 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2510280014 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2602160019 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. Stabilisierung des KSK-Beitragssatzes

Beschreibung:

Stabilisierung des Beitragssatzes der Künstlersozialabgabe auf 5 Prozent bis 2030.

- Erweiterung des abgabepflichtigen Kreises
- Weniger Ausnahmen und höhere Beitragsgerechtigkeit

Betroffenes geltendes Recht:

KSVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Konzert- und Veranstaltungswirtschaft, Steuerrecht, Künstlersozialversicherungsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505260012 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Novellierung des Statusfeststellungsverfahrens

Beschreibung:

Branchenübergreifende Reform des Statusfeststellungsverfahrens, um Rechtssicherheit bei der Beauftragung von Selbstständigen herzustellen und ihren sozialen Schutz zu gewährleisten

- Reduzierung der Zahl an SFV durch Schnellprüfung anhand positiver Prüfkriterien
- Vereinfachung der des SFV durch effizientere Antragstellung

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Konzert- und Veranstaltungswirtschaft, Steuerrecht, Künstlersozialversicherungsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. **SG2505260013** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2507280022** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2510280013** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2602160020** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. SG2602160021 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. Regulierung des Ticketzweitmarktes

Beschreibung:

Regulierung des Ticketzweitmarktes zum Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken, durch:

- Klare Verkäuferidentifikation
- Transparenz zu Ticketmerkmalen
- Angabe des Original- und Begrenzung des Wiederverkaufspreises
- Verbindliches „Notice-and-Takedown“-Verfahren
- Begrenzung des Wiederverkaufspreises

Interessenbereiche:

Kultur [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2507280025 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. SG2507280026 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

3. SG2604140017 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

8. Regulierung von Direktlizenzierungen

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist eine Anpassung des Verwertungsgesellschaftengesetzes (VGG) im Rahmen der laufenden Evaluierung. Akteure, die Rechte mehrerer Urheber gegenüber Nutzern lizenzieren (z. B. unabhängige Verwertungseinrichtungen oder Direktlizenzierer), sollen vergleichbaren regulatorischen Mindestanforderungen unterliegen wie Verwertungsgesellschaften. Dies betrifft insbesondere Transparenz-, Aufsichts- und Gleichbehandlungspflichten sowie nachvollziehbare Tarife und Lizenzbedingungen. Ziel ist es, regulatorische Lücken zu schließen und einen einheitlichen, rechtssicheren Rahmen für die Lizenzierung urheberrechtlicher Nutzungsrechte zu schaffen.

Betroffenes geltendes Recht:

VGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603090027 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

9. Anhebung des pauschalen Krankenversicherungsbeitrags für geringfügige Beschäftigte

Beschreibung:

Die im Referentenentwurf zum Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) unter § 249b Satz 1 geplante Regelung zur Anhebung des pauschalen Krankenversicherungsbeitrags für geringfügige Beschäftigte soll ersatzlos gestrichen werden.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604200011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingung für die Kultur- und Kreativwirtschaft

Beschreibung:

Der Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft (BDKV) unterstützt die „Koalition Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland (k3d)“, die die Interessen der Kreativbranche fördert. Ziel ist die Anerkennung der KKW als Wirtschaftszweig und Innovationsmotor, die bessere Berücksichtigung in gesetzgeberische Prozesse und verbindlichere Zuständigkeiten innerhalb der Ministerien. Das übergeordnete Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW), insbesondere im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik des Urheberrechts.

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu];

Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen,

Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Konzert- und Veranstaltungswirtschaft, Steuerrecht, Künstlersozialversicherungsrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604230023 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

11. Stärkung von Musikspielstätten im Rahmen des Städtebau- und Raumordnungsrechts

Beschreibung:

Um die Live-Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor lebendiger Städte und Regionen nachhaltig zu sichern, braucht es eine baurechtliche Aufwertung von Musikspielstätten als kulturelle Anlagen, eine weiterreichende Ausweitung des Sondergebiets auf Kulturschutzgebiete, eine Anpassung der TA Lärm und angemessene Schallschutzmaßnahmen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts

Datum des Referentenentwurfs: 01.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BauNVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604230038 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

980.001 bis 990.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[2024_DMP-Bilanzbericht-2024-endgueltig-signed.pdf](#)